

Die „Kritik“ erscheint täglich (sonntags und Montags ausser) mit den Unterhaltungsbeilagen „Frei-Blatt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Aufhebung ins Haus monatlich 2.— M. für den Monat Januar, in voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Beibehaltung des in Deutschland, Ungarn, das Saar und Kurland bestehenden Postens und Luxemburg 55.— M., für das übrige Ausland 75.— M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 20

Die gegenwertige Konvention über deren Raum höher 2.— M. einschließlich Postentwurf. Klein Anzeigen: Das erbetene Wort 2.50 M., das weitere Wort 1.75 M. einschließlich Anwerterbeit. Kunden: Anzeigen zum Tarif Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das erbetene Wort 2.— M., das weitere Wort 1.50 M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Gegen das Steuerkompromiß

## Die Kritik der USPD. — Scharfe Bedingungen der Deutschen Volkspartei — Ablehnung eines Misstrauensvotums

Die gestrige Sitzung des Reichstages brachte größere Überraschungen, als man nach der Tatsache, daß die Regierung auch in der Frage der Steuergestaltung über eine Mehrheit verfügt, vorher angenommen hatte. Sie äußerten sich zwar nicht durch Taten, wohl aber durch die Ankündigung der scharfen, im einzelnen noch unbekanntem Bedingungen, der Deutschen Volkspartei. Im Mittelstück der Sitzung stand die Rede unseres Genossen Breitscheid. Er widmete den ersten Teil seiner Darlegungen den Grundfragen der von uns stets verlangten Politik des ernstlichen Erfüllungswillens. Diese Politik habe die Regierung bisher betrieben und deshalb unsere Unterstützung gefunden. Ihr seien auch die Erfolge von Cannes zu danken. Von diesem Wege dürfe deshalb nicht abgewichen werden, auch jetzt nicht, wo es sich um die Aufbringung der Lasten dazu handelt.

So klar und eindeutig Breitscheid die zustimmende Haltung der Unabhängigen Fraktion zur Außenpolitik der Regierung Wirth formuliert, so klar war auch seine Begründung ihrer ablehnenden Haltung zu ihrer Steuerpolitik. Sie stelle den Wendepunkt in der Regierungspolitik dar. Der Kurs wird jetzt nach rechts gesteuert. Dadurch sei ohne weiteres die Haltung der Unabhängigen Fraktion gegeben. Den schweren Fehlern in der Vergangenheit durch die Unterlassung der Ordnung der Staatsfinanzen habe die Regierung den noch schwereren hinzugefügt, mit allen Kräften eine Lösung der Steuerfrage zu suchen, die die Zustimmung der Deutschen Volkspartei finden konnte, obwohl deren Unvollkommenheit und soziale Mängel von vornherein feststanden. Als das Steuerkompromiß fertig war, habe der Reichskanzler die Unabhängige Fraktion zwar formell unterrichtet, die Mitarbeit der Deutschen Volkspartei aber sei für ihn das Entscheidende gewesen. Im Austrage der Fraktion gab Genosse Breitscheid folgende Erklärung ab:

Die USPD-Fraktion lehnt es ab, der Vereinbarung zwischen den bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratischen Partei ihre Zustimmung zu geben.

Die in den Finanzplan der Regierung neu eingefügte Zwangsanleihe ist nicht das angekündigte „sichtbare Opfer“ des Besitzes und entspricht nicht den Forderungen der Arbeiterklasse. Denn sie sichert keineswegs die finanzielle Erfüllung der Reparationsverpflichtungen, bringt auch keine Sanierung der Reichsfinanzen und führt deshalb den notwendigen Stillstand der Rotenpresse nicht herbei.

Durch den Verzicht auf die Einziehung des zweiten Drittels des Reichsnotopfers, der für die Besitzenden einen Steuererlaß von 8 — 10 Milliarden Mark bedeutet, den Verzicht auf die Nachkriegsgewinnsteuer in Höhe von 2 — 3 Milliarden Mark, die Ermäßigung der Tarife und des Zuschlags der Vermögenssteuern sowie durch die Veranlagung der Grundstücke zum Ertragswert anstatt zum gemeinen Wert werden die für die Besitzenden in Aussicht genommenen Lasten wiederum erheblich vermindert.

Dagegen bleibt die die Lohn- und Gehaltsempfänger am meisten bedrückende Papiergeldwirtschaft bestehen. Der Reallohn wird damit in einem Zeitpunkt weiter herabgedrückt, in dem die Erhöhung der Verbrauchsabgaben und eine gewaltige Brotpreissteigerung die soziale Not der breiten Massen ungeheuer steigert.

Eine solche auf den bisherigen unzulänglichen Steuermethoden beruhende Finanzpolitik halten wir aus innen- und außenpolitischen Gründen für gesahrvoll. Wir lehnen deshalb das nicht auf dem Wege der Erfüllung dieses Programms liegende Kompromiß ab und halten nach wie vor an dem von uns und den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten aufgestellten Finanzprogramm fest.

Nur die Erfüllung dieser Forderung bietet eine Gewähr dafür, daß der leistungsfähige Besitz ausreichend zur Überwindung der Kriegsschäden herangezogen wird und den von ihrer Arbeit lebenden Massen keine weiteren für sie unerträglichen Lasten auferlegt werden.

Sachlich und ruhig kritisierte Breitscheid die Haltung der rechtssozialistischen Fraktion. Anstatt sich zu fragen, ob nicht die Grenzen ihrer Koalitionspolitik erreicht seien, und mit den übrigen Arbeiterparteien gemeinsam zu handeln, habe sie dem Steuerkompromiß zugestimmt, obwohl es die Verlobung mit der Deutschen Volkspartei bedeute, der wahrscheinlich auch die Heirat folgen werde. Wenn diese Auseinandersetzungen eine gewisse Scharfe annahmen, so lag das vor allem an der unglücklichen Rede, die Hermann Müller gehalten hatte, und an den höhnischen und persönlichen Zwischenrufen, die Breitscheid aus den Reihen der Rechtssozialisten entgegenbrachten. Mit vollem Recht wies er den Vorwurf zurück, daß die Unabhängige Fraktion die Schuld an dem Kompromiß trage. Das Kompromiß sei vielmehr die Folge der Nachgiebigkeit der Rechtssozialisten, die ja, um nur die Regierung

Wirth am Ruder zu erhalten, zu jedem Zugeständnis bereit waren.

Die Rede des Volksparteilers Dr. Becker war ein Kampf gegen zwei Fronten. Sie war in höchstem Maße bemerkenswert, denn sie lieferte die Bestätigung für den großen Erfolg, den die von der Deutschen Volkspartei vertretenen Besitzenden im Steuerkompromiß davongetragen haben. Becker beschäftigte sich zunächst mit der Kritik des Kompromisses aus den Reihen der Deutschnationalen. Lobend erwähnte er, daß seine Freunde die Geschäfte der Deutschnationalen glänzend besorgt haben. Es sei ihnen gelungen, die Veranlagung nach dem gemeinen Wert durchzusetzen. Gewiß sei die Zwangsanleihe ein schweres Opfer der Besitzenden, aber nicht das schwerste. Denn das vorher bereits in Aussicht genommene Zugeständnis der Einziehung der letzten beiden Drittel des Notopfers hätte eine dauernde Entziehung von 20 Milliarden Kapital bedeutet. Sie sei ein ungleich schwereres Opfer gewesen, als es jetzt durch die Zwangsanleihe gewährt werde. Das Kompromiß sei auch ein großer politischer Erfolg. Die Linke sei so mit dem Steuerkompromiß verknüpft, daß man dem schweren Winter mit Ruhe entgegensehen könne.

Der letzte Teil der Rede Beckers aber war der bemerkenswerteste. Er enthielt eine Erklärung der Deutschen Volkspartei des Inhalts, daß die Zustimmung zum Steuerkompromiß nur bedingt gegeben ist und nur dann gelte, wenn bis zur endgültigen Verabschiedung der Steuer Gesetze „ausreichende Gewähr“ für die Erfüllung der von der Deutschen Volkspartei verlangten „persönlichen und sachlichen Garantien“ gegeben ist. Beckers Erläuterungen zu dieser Erklärung waren so anmaßend, daß die Unabhängigen der Regierung von den Herrschaften der Deutschen Volkspartei schon jetzt in die Erscheinung trat, wo sie die Ministerliste noch nicht innehaben.

Den Schluß der Sitzung bildeten Reden von Paul Levi und von Koenen. Bei der Abstimmung über ein von den Kommunisten eingebrachtes Misstrauensvotum enthielt sich die Unabhängige Fraktion, da ihre Stellung zum Kabinett Wirth durch ihren Redner so deutlich dargelegt worden war, daß eine Unterstreichung keinen Sinn gehabt hätte.

### Sitzungsbericht

Präsident Lohde eröffnet die Sitzung und widmet der verstorbenen Abg. Frau Zieg (USP.) einen warmen Nachruf. Der Präsident führte aus:

Ihnen allen ist die schmerzliche Kunde zu Ohren gekommen, daß Frau Abg. Zieg, die gestern an der Stelle ihrer Arbeit in eine schwere Ohnmacht fiel, heute auf ihr Totenlager getragen wurde. Ein Leben voll unermüdlicher, rastloser, zermürbender Arbeit ist erloschen.

Frau Abg. Zieg, die gestern an der Stelle ihrer Arbeit in eine die politische Gleichberechtigung ihres Geschlechts gekämpft hat. Sie war eine der ersten Frauen, die in die deutschen Parlamente einzogen, und an dem Plage, den sie für die deutschen Frauen miterkämpft hat, ist sie hingelungen. Wir im Plenum kennen sie als temperamentvolle Streiterin, die auch dem heftigsten Meinungssturm nicht auswich und an jeder Fehde sich gern beteiligte. Wer mit ihr in den Kommissionen gearbeitet hat, der weiß, wie fleißig sie war und wie gewissenhaft sie es mit ihren Pflichten nahm. Die Parteifreunde verehren in ihr eine glühende Vorkämpferin für ihre Sache.

Wer ihr aber persönlich näher treten durfte, der weiß, daß hinter dem Harnisch der Kämpferin ein mütterliches, warmes Herz schlug, das auch durch die Härten und die Heftigkeit des Kampfes nie zerstört werden konnte. Ich danke Ihnen, daß Sie sich zu Ehren der Verstorbenen von Ihren Sätzen erhoben haben.

### Die Aussprache über die Regierungserklärung

wird nun fortgesetzt. Das Wort erhält

Abg. Müller-Franken (Soz.): Der Reichskanzler hat sich gestern nicht nur aufs neue zur Politik der Völkerverständigung bekannt, er hat dieses sein Bekenntnis auch vor allem auf seine religiöse Überzeugung und ethische Gesinnung gestützt. Als der Kanzler geendet hatte, trat Graf Westarp von den Deutschnationalen auf die Rednertribüne und sprach von „Allgemeinen Lebensarten“ des Kanzlers. Graf Westarp hat damit in einem Anfall selbstlicher Wahrheitsliebe zugegeben, daß wahrhaft christliche Grundsätze ihm fremd sind. Die von uns befürwortete Politik hat dafür gesorgt, den deutschen Boden zu schützen. Die Deutschnationalen wollten es auf die Verletzung des Ruhrgebietes ankommen lassen. (Zuruf des deutschnationalen Abg. Budjuhn: „Es kommt ja doch!“ Großer Lärm links. — Abg. Ledebour (USP.): Das ist das Geständnis Ihrer verbrecherischen Träume! — Unruhe rechts.) Gewiß, es gibt kapitalistische Kreise, die gegen eine Besetzung des Ruhrgebietes nichts haben. Wir haben uns bereit erklärt, alles zu tun, um das Ultimatum nicht zu erfüllen — es ist ja unerfüllbar — aber um den Versuch der Erfüllung zu machen. Diesen Versuch haben wir gutgeheißen. Wir wollen wiedergutmachen, soweit das in

unseren Kräften steht. Wir wollen auch den Wiederaufbau Nordfrankreichs. Wenn es bisher nicht dazu kam, so trifft die Schuld dafür nicht die deutsche Regierung, sondern die französische Regierung.

Das Thema der Reparationen und des Reparationsproblems wird nicht mehr von der Tagesordnung der europäischen Politik verschwinden. Und wenn in Frankreich der Versuch gemacht werden sollte, die Reparationsfrage von den anderen Fragen auf der Konferenz von Genoa zu trennen, so würde damit wohl die Konferenz einen nur akademischen Charakter bekommen, aber die Krise im Reparationsproblem nicht aus der Welt geschafft sein. Eine Etappe in dieser Krise stellt der Schritt zur Ordnung des Staatshaushaltes in Deutschland dar. Die Vertreter der breiten Massen haben das größte Interesse daran, daß diese Regelung des Haushaltes gefördert wird. Gerade die breiten Massen selbst ja am meisten an der ewigen Verschleppung einer wirklichen Finanzreform und einer wirklichen Ordnung im Staatshaushalt. Wir müssen von uns aus alles tun, damit wir nicht zu überreichlichen Zuständen kommen. Wir hoffen, daß das beschlossene Steuerkompromiß dazu beitragen wird. Bei den Bescheidenden müssen die Steuern ebenso rasch und kräftig erfaßt werden wie bei den Gehalts- und Lohnempfängern. Einstweilen sind wir gezwungen, einen

### Erja für die Erfassung der Sachwerte

in den Kauf zu nehmen. Vor allem hat uns die außenpolitische Lage dazu gezwungen. Die Konferenz von Genoa soll anfangs März bereits stattfinden. Bis dahin können keine Neuwahlen erledigt sein. Wir sind überzeugt, daß der Kanzler mit einer Barock: Gerechte Steuern! einen neuen Reichstag geschaffen haben würde, der die Finanzprobleme etwas herzlicher ansähen würde. (Zuruf des Abg. Crispian (U. Soz.): Warum geschah das nicht?) Ganz einfach, weil es praktisch unmöglich war. Wir haben die Überzeugung, daß wir für die Massen so viel herausgeholt haben, an Erleichterung, als uns nur möglich war. (Zuruf von links.) Aber wenn Sie (nach links) einen besseren Weg wissen, so sagen Sie ihn doch. Ich beweise, ob die Unabhängigen sich so sehr nach einer Reichstagsauflösung gedrängt hätten. (Zuruf h. v. U. Soz.) Erkundigen Sie sich bei der französischen Volkspartei. Sie haben den Weg dorthin auch schon früher gefunden. (Abg. Crispian (U. Soz.): Das ist eine Unverschämtheit.) Der Abg. Cohn hat doch in der Rationalversammlung aus französischen Dokumenten zitiert. (Abg. Crispian (U. Soz.): Das ist eine deusnationalistische Waffentat! — Heiterkeit h. v. Deutschnationalen.)

Einen Sturz des Kabinetts Wirth galt es, zu vermeiden; denn die Folgen dieses Sturzes in finanzieller Hinsicht hätten in erster Linie wieder die Arbeiter befallen müssen. Politisch hätte dieser Sturz ebenfalls die schlimmsten Folgen haben können. In Frankreich haben wir augenblicklich ein Kabinett Poincaré. Wir haben deshalb allen Anlaß, alles zu vermeiden, was Wasser auf die Mühlen der französischen Chauvinisten liefert.

Wir sind damit einverstanden, daß der Kanzler keine Offensive in der Schuldfrage eröffnen will. Wir wissen, daß auf Deutschland nicht allein die Schuld am Krieg lastet, wir wissen aber auch, daß die deutsche Regierung vor dem Kriegsausbruch ein gerüttelt Maß von Schuld trägt. (Lärm rechts.) Wir sind überzeugt, daß die Völker, wenn sie alle auf einmal in den Ländern Europas an die Wahlurne gerufen würden, wirkliche Friedensparlamente wählen. Die Völker wollen den Frieden. Es ist Zeit, daß diesem Willen Rechnung getragen wird. (Lebhafte Beifall h. v. Soz.)

Abg. Marx (Zit.): Die Politik des Kabinetts Wirth hat zu Erfolgen geführt, darüber kann gar kein Zweifel bestehen. Es mehren sich die Kreise, die das einzusehen beginnen. Auch das Kompromiß ist ein Erfolg. Es ist notwendig, eine gemeinsame Basis zur Erledigung der Steuerfrage zu finden. Graf Westarp beschwerte sich, daß seine Partei nicht zu den Kompromißverhandlungen hinzugezogen wurde. Wäre das geschehen, so hätte er nur sagen können: Ich will den Vertrag nicht erfüllen. Deshalb ist es gut gewesen, daß Graf Westarp nicht zu den Verhandlungen zugezogen war. Die Parteilengemeinschaft ist von unserer Seite überaus lebhaft begrüßt worden als ein weiterer Erfolg des Kabinetts Wirth.

### Abg. Breitscheid (USP.):

Das Kabinett Wirth hat unsere Unterstützung nicht gefunden aus irgend welchem Herzensbedürfnis, sondern aus der nüchternen Erkenntnis heraus, daß die auswärtige Politik des Kabinetts Wirth die einzig mögliche war. Unsere Politik war nicht die Politik der Erfüllung, sondern des ernstlichen Erfüllungswillens gegenüber den Verpflichtungen des Ultimatum. Die Äußerungen des Abg. Westarp veranlassen uns nicht, auf dieses Thema näher einzugehen. Dadurch, daß Westarp die deutsche Schuld eine Schuldfrage nennt, ist die deutsche Schuld nicht aus der Welt geschafft. Wir stehen ihm zu anderer Zeit zur Verfügung, um diese Frage zu besprechen. Will der Herr Graf ein Täuschungswagen? Wir sind bereit. (Heiterkeit.) Was wäre wohl eingetreten, wenn wir uns in einen Zug gesetzt hätten, in dem Graf Westarp Zugführer und Helferrich Heizer gewesen wäre? (Heiterkeit. — Zuruf Hoffmann: Fehlt nur noch Hergt als Kohlenhieber. — Erneute Heiterkeit.) Nach dem Londoner Ultimatum waren wir verpflichtet, auch im laufenden Jahre 3 1/2 Milliarden Goldmark zu zahlen. Der 15. Januar, der erste Zahlungstermin, stand drohend vor der Tür. Der 15. Februar folgt ihm sehr bald. Wir haben an diesen Tagen nicht die

Summen zu zahlen brauchen. Es soll jetzt darauf hinausgehen, daß zunächst für das ganze Jahr 1922 eine Verständigung, ein Ausgleich zwischen den Ansprüchen der Entente und der Leistungsfähigkeit Deutschlands

hergestellt werden. Es kann nicht verlangt werden, daß das ein Fortschritt ist gegenüber den Tatsachen, vor denen wir bisher gestanden haben. Von deutsch-nationaler Seite wird die Sache nun so hingestellt: daß es so ist, liegt an der Aufklärungsarbeit, die die nationalsozialistische Presse leistet. Von dieser Aufklärungsarbeit verspreche ich mir ebensowenig, wie von der gestrigen Rede des Grafen Westarp. Aus der ewigen „Aufklärung“: Wir können nicht zahlen, hat Frankreich immer mehr verstanden, Deutschland will nicht zahlen. (Sehr richtig!)

#### Die Konferenz in Genua

wird, wenn sie zustande kommt, wenn sie nicht den Ausgang des Horstberger Schießens nimmt, von entscheidender Bedeutung sein für den wirtschaftlichen Wiederaufbau ganz Europas. Cannes und Genua sind für uns eine Genugtuung deshalb, weil dieselben Ideen, die jetzt in der Entente wach werden, zunächst aufgestellt worden sind von der internationalen Arbeiterbewegung. Cannes und Genua nähern sich jenen Gedanken, die von der Amsterdamer Konferenz der Arbeiter zum Beschluß erhoben worden sind. Dort ist betont worden, daß Leistungen an Stelle der Barleistungen. Diese Ansetzung wird zunächst auf feinsten Boden. In der französischen Kammer hat man über sie gelacht und gespottet und sie eine Utopie genannt. Aber die Utopien von gestern sind heute die Wirklichkeit von übermorgen. Auch die Staatsmänner der Entente beginnen einzusehen, daß ihre alten Methoden ihre eigene Volkswirtschaft ins Verderben führen. Es ist hier gesagt worden, die Aenderung der Auffassungen im Ausland erfolge nicht der schönen Augen Deutschlands wegen, sondern aus egoistischen Gründen. Gewiß, nicht der schönen Augen wegen. Hinter dem Willen Lloyd Georges stehen sehr harte, sehr wirkliche politische Tatsachen und sehr ernsthafte wirtschaftliche Erwägungen, die aus den Interessen Englands geboren sind. Hinter Lloyd George steht die Tatsache, daß man zu erkennen beginnt, daß diese Reparationsart nicht nur Deutschland, sondern auch England und Amerika und andere Staaten ruinieren muß. Und hinter dieser Erkenntnis steht noch etwas mehr: nämlich die Hoffnung, durch diese Aenderung zu einer Politik für die bevorstehenden Wahlen die Arbeiter für sich günstig stimmen zu können. Die internationale Arbeiterbewegung wird einer der mächtigsten Faktoren sein, wenn es sich darum handelt, einmal den Friedensvertrag zu revidieren.

Wenn an Stelle Dr. Wittigs Westarp gestanden hätte, würden auch alle diese Tatsachen nicht dazu ausgereicht haben, drüben einen Meinungsumschwung herbeizuführen.

#### Die Politik des Erfüllungswillens hat den Prozeß des Meinungsumschwunges beschleunigt.

Diese von uns angeregte Politik war die Vorbedingung dafür, daß drüben die Saat allmählich keimen konnte. Wir unterschätzen die Bedeutung der Konferenzen von Cannes und Genua nicht. Wir wollen hoffen, daß von diesen Konferenzen aus das Vertrauen in der Welt sich fährt. Wir möchten aber der Regierung nahelegen, vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß nach Genua nicht nur Vertreter des Kapitals und seiner Interessen gehen, sondern auch Vertreter der Arbeiterklasse. Und darüber hinaus sind wir natürlich nicht so optimistisch, daß die Konferenzen wirklich den dauernden Frieden bringen. Wir wissen zu genau, daß das gegenwärtige Wirtschaftssystem stets den Keim neuer Verwicklungen und neuer Kriege in sich trägt, daß der beste Wille auf allen Seiten, bei allen Ministern, bei allen Staaten nicht genügt, um diese Keime neuer Verwicklungen zu zerstören. Es kommt darauf an, die Grundlagen zu beseitigen, die Grundlagen des Kapitalismus, auf der die Kriege erwachsen. Dann erst besteht die Möglichkeit eines dauernden Friedens. Ich bin der Meinung, daß die Politik Poincarés nicht so verwirrtlich werden wird, wie nationalsozialistische Heißsporne es wünschen. Die erste Rede des Ministerpräsidenten Briand war auch nicht wesentlich anders als die Rede Poincarés. Wir wollen vor allen Dingen nicht vergessen, daß es für Englands Verhältnisse leichter ist, eine vernünftige Politik zu treiben, als für Frankreich, das immer die zerstörten Gebiete vor Augen hat. Auch bei Poincaré wird nicht alles so heiß gehalten werden, wie es gefordert wird. Poincaré sitzt auf dem Nationalblock. Aber heute schon hat der Nationalblock in Frankreich nicht mehr die Mehrheit des Volkes hinter sich. Würden heute Neuwahlen in Frankreich stattfinden, wäre es zu Ende mit der Herrschaft dieses Blocks. Die Taten des Herrn Poincaré werden nicht so energisch, nicht so brutal sein als seine Worte. Die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse würden sich auch dort als stärker erweisen als der Übermut eines machtlüsternen und zur Herrschaft strebenden Politikers. Es ist gesagt worden, aus den Reden Poincarés und anderer französischer Politiker gehe hervor, Frankreich möchte uns vernichten, zerstören.

#### Aber Poincaré ist nicht Frankreich.

Es gibt in Frankreich auch andere Elemente als Poincaré. Jeder französische Monarchist ist ebensowenig Frankreich wie der deutsche Monarchist Graf Westarp Deutschland ist. In den verschiedenen Völkern gibt es Strömungen und Stimmungen verschiedener Art. Wir müssen daher eine Politik treiben, die jene Strömungen vertritt, die daran arbeiten, daß die Welt einen vernünftigen und dauernden Frieden erhält.

Mit der finanzpolitischen Fundamentierung, die der Reparationsleistung bei uns gegeben wird, können wir uns nicht in unbeständen erklären. Wir bebauern, daß gerade in diesem Punkte der finanzpolitischen Grundlage unserer Außenpolitik das Notwendigste immer bis zum letzten Termin verschleppt wird. Wir haben in diesem Punkte die sichere Führung des leitenden Ministers vermisst. Der Reichszentralrat ist ein Mann, von dem wir glauben, daß er die politische Notwendigkeit der Stunde erkennt. Er ist ein Mann, dessen Arbeitskraft und Arbeitswillen wir vollständig anerkennen. Aber wir sind der Überzeugung, daß er bei der Regelung der Finanzfragen nicht den Anforderungen entsprochen hat, die an einen leitenden Staatsmann gestellt werden. Er kann sich vielleicht darauf berufen, daß er keinen Finanzminister hat. Ich weiß nicht, ob er Herrn Hermes als einen genügenden Ersatz betrachtet. (Seitertzeit!) Aber wenn er keinen Finanzminister hat, handelte es sich für ihn vom ersten Tage an darum, diese Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Es wurde gegen die Besitzlosen Sturm gelaufen. Da hätte man erwarten sollen, daß die Regierung dagegen aufzutreten werde. Aber die Räte des Herrn Hermes schwiegen, wenn er nicht da war, und wenn Herr Hermes da war, schwiegen sie noch mehr. (Hört! Hört!) Schließlich kam der Befehl der Reparationskommission wieder einmal. Es ist bedauerlich, daß wir

#### solche Entscheidungen immer nur treffen unter äußerstem Druck,

daß wir zu handeln erst dann entschlossen sind, wenn uns das Feuer unter den Füßen brennt. So müssen denn alle diese Beschlüsse den Charakter des schlimmsten Dilettantismus an sich tragen. Der Reichszentralrat hatte gelagt, was erzielt werden muß, ist ein weithin sichtbares Opfer des Besten. Schon dieses Wort vom Opfer des Besten gefällt uns nicht. Wir wollen kein Opfer von ihnen. Wir wollen, daß die Regierung Zwang ausübt. Ein Opfer ist etwas Freiwilliges. Aber von Freiwilligkeit kann keine Rede sein. Wir verlangen keine Gaben, kein Entgegenkommen.

#### Wir verlangen, daß der Beschäftigte seine Pflicht erfüllt,

doppelt erfüllt nach einem Kriege, für den nicht die Beschäftigten, sondern die Besitzenden verantwortlich sind. Man hat sich mit Regeln und Föhnen dagegen gewehrt, daß die Substanz des deutschen Volkswertens angegriffen wird, hat sich aber nicht gekümmert, die Substanz der deutschen Arbeitskraft anzugreifen. (Beifall auf der Linken.) Die Zwangsanleihe ist erlaubt mit dem Verzicht auf eine ganze Anzahl von Steuern auf den Beschäftigten. Uebrigens ist

mit dieser Zwangsanleihe leider nicht einmal die Deckung für das Jahr 1922 erreicht. Wir leben also, nicht einmal die Hälfte ist erreicht. Wir leben nur, daß eine Partei, die Seite an Seite mit uns für die Erfassung der Sachwerte kämpfen wollte, jetzt nach der andern Seite abgewandt ist. Meine Fraktion hat mich beauftragt, folgende Erklärung abzugeben: (Wir geben diese Erklärung an anderer Stelle.)

Ueber die Steuerpolitik zu reden, wird bei Beratung der Steuerentwürfe Gelegenheit sein. Es wird hier ausgesprochen, daß durch den Gedanken der Rückgabe der Sozialdemokratischen Partei viel erreicht worden ist. Aber es war doch so, daß den Parteien der Rechten es möglich erschien, daß sie

#### eine geschlossene Einkommensmehrheit bildete, um Finanzpolitik zu machen.

Wir waren mit Ihnen (zu den Rechtssozialisten) auf dem besten Wege zur Sachwertentwertung. Wir haben gemeinsam mit den Gewerkschaften angefangen. Wir haben diese Forderung nicht nur für unbestimmte Zukunft, sondern für die gegenwärtige Lösung erhoben. Da haben Sie uns verlassen. (Erregte Zurufe der SPD.) Sie haben uns im Stich gelassen, sind beiseite getreten, haben versucht, mit den bürgerlichen Parteien einen Pakt zu schließen. Ich habe nichts dagegen, daß Sie diesen Weg gehen, nur soll man uns nicht den Vorwurf machen, daß es durch unseren Widerspruch gehindert sei, rechte Finanzpolitik zu machen. Es wäre zweckmäßig gewesen, wenn sich die Sozialdemokratische Partei die Frage vorgelegt hätte, ob nicht der Moment gekommen ist, wo auch sie

#### die Begrenztheit der Möglichkeit der Koalitionspolitik

einsehen. Sie machen diese Koalition, aber Sie vergessen: Beim ersten sind Sie frei, beim zweiten sind Sie Knecht! Sie machen sie, um nicht ganz den Ansehluß zu verlieren. Das ist dieselbe Politik, an der die national-liberale Partei laboriert hat, die immer mit dabei sein wollte. Die Koalitionsregierung hat deutlich zu erkennen gegeben, daß sie ihre Politik mit der Deutschen Volkspartei machen will. Der Reichszentralrat hat eine Wendung nach rechts genommen. Das ist

#### ein Wendepunkt in der gegenwärtigen Politik.

Wir hassen die Koalitionsregierung nicht, wir könnten sie nur hassen, wenn wir sie geliebt hätten. Sie aber (zu den Rechtssoz.) feiern heute Verlobung mit der Deutschen Volkspartei, die Heirat kommt später. Vorher machen Sie die Hochzeitsreise nach Genua. Diese Entwicklung ist natürlich und selbstverständlich. Wenn Ihnen auch die Braut nicht gefällt, sie bringt eine gewisse Mitgift mit, sie wird sich aber auch nicht scheuen, in der gegebenen Stunde die Gegenforderung für diese Mitgift zu stellen. (Seitertzeit!) Fürchten Sie nicht, daß die Basis der inneren und auswärtigen Politik auf diese Weise mit den schwersten Gefahren für das deutsche Volk belastet ist? Die Arbeiterbewegung und wir werden auf der Hut sein. Es gilt zu kämpfen, es gilt zu machen, es gilt zu arbeiten, mit jenem bewundernswerten Eifer, der unsere verdorbene Genossin Zieh ausgezeichnet hat, dem der schöne Tod in den Seelen folgte, den sich jeder Politiker wünschen sollte. (Lebh. Beifall bei den USP.)

Abg. Becker-Hessen (D. Sp.): Wir danken dem Reichszentralrat, daß er sich mit so warmen Worten der Auslieferung der sogenannten Kriegsverbrecher und der korrekten Tätigkeit des Reichsgerichtes angenommen hat. Unsere Partei war die erste, die betonte, daß die Verpflichtungen Deutschlands nicht zu erfüllen seien, daß es eine absolute Unmöglichkeit bedeute. Hätte man dieser Politik eher gefolgt, so wären die Verhältnisse jetzt günstiger, als sie es sind. Wir halten auch jetzt, nach den Erleichterungen, an dem Standpunkt der Erfüllungsmöglichkeit fest. Wir haben durch die Beteiligung am Kompromiß das kleinere Übel erwählt. Eine Zwangsanleihe ist ein schweres Opfer, aber das Reichsnotopfer wäre für die Wirtschaft noch schwerer zu tragen. Der Beschäftigte bis an die äußerste Grenze belastet. Wir müßten aber den Weg des Kompromisses beschreiten, weil der Außenwirtschaft mit der Notpresse ein Ende gemacht werden muß. Wir werden sehr nachsichtlich noch darüber zu reden haben, wenn die Ausführungsbestimmungen ausgearbeitet werden, auf welcher Grundlage dies geschehen soll. Wir haben, weil es uns das kleinere Übel dünkte, dem Kompromiß keine Schwierigkeiten bereitet, haben uns aber für unsere endgültige Entscheidung freie Hand vorbehalten, wenn die Bedingungen, die wir an dieses Kompromiß geknüpft haben, durch die Ausführungsbestimmungen nicht erfüllt werden. Das Kompromiß bedeutet eine schwere Last für den Beschäftigten, aber uns erscheint es unlogisch, wenn deutsch-nationale Organe Berichte über die Kompromißverhandlungen mit der Ueberschrift: „Die deutsche Wirtschaft geht daran zugrunde“. Wir halten unsere Bedingungen für so wesentlich, daß wir nur dann für die Verabschiedung der Zwangsanleihe eintreten werden, wenn uns bis dahin ausreichende Gewähr für sie gegeben worden ist. Wir verlangen, daß das Ergebnis dieser Zwangsmahnahme sorgfältig verwaltet und der Sanierung der Reichsfinanzen zugeführt wird. Ohne die Erfüllung unserer Bedingungen können wir die Verantwortung für einen so schweren Eingriff in das deutsche Wirtschaftsleben nicht übernehmen.

Abg. Peterlen (Dem.): Wir sind bereit, zur Lösung der innen- und außenpolitischen Fragen an dem Kompromiß mitzuwirken. Wenn Becher sagt, daß keine Partei vom ersten Augenblick an betont hätte, daß die Erfüllung nicht möglich sei und daß man diese Politik des Nichterfüllens schon früher hätte treiben müssen, um größere Erfolge zu erzielen, so ist das eine falsche Schlussfolgerung. Nur durch den Erfüllungswillen ist eine Erleichterung der Reparationsverpflichtungen eingetreten. Wir bebauern, daß Frankreich noch immer an dem Glauben festhält, daß Deutschland nicht erfüllen wolle. Der Zusammenstoß der Parteien, der in dem Wunsche erfolgte, dem Vaterlande zu dienen und über die schwere internationale Lage hinwegzukommen, ist ein großer Schritt zur Gesundung unseres Vaterlandes. Wir sind mit dem Kompromiß ein gutes Stück vorwärtsgekommen. In diesem Zusammenhang möchte ich noch ein paar Worte zu dem Beamtenstreik sagen. Der Beamtenstreik ist nicht das letzte gefährliche Mittel, es ist das erste ungeschickliche. Er ist ein Vertragsbruch. Wir erwarten von der Reichsregierung, daß sie mit absoluter Rücksichtslosigkeit gegen diese Beamten vorgeht. (Lebhafte Beifall-Rufe auf der Linken.) Die Beamten dürfen nicht unter Brechung ihres lebenslänglichen Vertrages die wichtigsten Betriebe stilllegen. — Durch die Tätigkeit der letzten Tage ist ein Anfang zu einer Politik der Mitte gemacht.

Abg. Reich (B. Sp.) begründet die Haltung seiner Fraktion bei dem Kompromiß. Die Bayerische Volkspartei stimmt dem Kompromiß zu.

Abg. Levi (A. G.): Wir begrüßen es, daß man sich auf der Konferenz in Genua mit dem wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands beschäftigen will. — Auch wir sind gegen die Auslieferung der Kriegsverbrecher. Wir verlangen, daß sie hier abgerichtet werden. Es ist bedauerlich, daß die Rechtssozialisten in dem Kompromiß mit der Deutschen Volkspartei zusammengegangen sind. Sie haben damit die sogenannte Einheitsfront des Proletariats zerstört. Schon einmal haben sie einen ähnlichen verhängnisvollen Schritt getan: Am 4. August. Auch heute haben sie die Erfüllung ihrer Innenpolitik in die Hände der Deutschen Volkspartei gelegt.

Abg. Koenen (Komm.): Durch Geheimdiplomatie hat man diesen neuen Milliardensteuerantrag gegenüber der Arbeiterbewegung nicht zugestimmt, weil sie Patrioten sind, sondern weil sie wissen, daß es mit dieser Milliarde der Reichsregierung ermöglicht wird, der deutschen Industrie ein gutes Geschäft anzubieten. Die Sozialdemokratische Partei hat erklärt, daß sie Propaganda machen wolle für die Erlassung der Sachwerte. Das ist alles. Die U. S. P. D. erklärt Kampf und Abweisung dieser Steuerpolitik. Aber sie denkt nicht daran, gegen die Realisierung zu arbeiten. Wir werden das um so energischer tun, um die Arbeiter vor der Verelendung zu schützen.

Die Kommunisten beantragen, der Regierung ein Mißtrauensvotum auszusprechen.

Abg. Herzt (D. Nat.) erklärt, daß seine Fraktion durch ihren Redner ihre Stellung zur gegenwärtigen Regierung dargelegt

habe. Die Reichsregierung hat sich endlich zu dem Entschluß bereitgefunden, auch ihrerseits die wirtschaftliche und finanzielle Unmöglichkeit der Erfüllung der uns auferlegten Kontributionslasten anzuerkennen. Sie hat sich damit auf den von uns von Anfang an vertretenen Standpunkt gestellt. Aber sie hat es nicht für notwendig gefunden, die nötigen Folgerungen daraus zu ziehen. Auch wir sind bereit, für eine Einlösung der Reparationsverpflichtungen weitgehende Opfer zu bringen. Die Zwangsanleihe bringt diese Einlösung nicht. Wir erblicken darin eine schwere Gefahr einer Zwangssozialisation gegen das deutsche Nationalvermögen. Auch in der Teilnahme an der Konferenz in Genua sehen wir eine Gefahr, nämlich die, daß die Regierung durch Unterschrift wieder die Verantwortlichkeit für das deutsche Volk eingibt, und damit dem deutschen Volk wieder den Vorwurf einbringt, es wolle nicht erfüllen.

Abg. Crispian (U. S. P.): Der Abg. Becher hat aus einer von mir auf dem Parteitag in Leipzig gehaltenen Rede einen herausgerissenen Satz zitiert. Mein Ausspruch lehnt die Kenntnis der wirtschaftlichen Entwicklung voraus und jener auch die Kenntnis der Geschichte der Staaten, wie sie entstanden sind, sich gewandelt haben, untergegangen sind, neuerstanden sind usw. So wie seiner Zeit die selbständigen Dorfgemeinden in den Feudalstaat, der Feudalstaat in dem kapitalistischen Staat aufging, so werden die gegenwärtigen kapitalistischen Staaten aufgehen in der großen wirtschaftlichen Vereinigung aller Länder. Die große internationale Wirtschaft wird die Völker aller Länder umschließen. In diesem Sinne kann man davon sprechen, daß die Völker vereint werden in einer großen internationalen Weltwirtschaft, und daß das Vaterland der Menschheit die Erde sein wird. Das war der Sinn meiner Darlegungen.

Abg. Herzt (D. Nat.): Die Stellung unserer Partei zur Regierung haben wir präzisiert. Den von kommunistischer Seite gestellten Mißtrauensantrag mitzumachen, lehnen wir ab.

Abg. Becher (Dt. V.) gibt namens seiner Fraktion die gleiche Erklärung ab.

Abg. Ledebour (USP.): Wir hatten keinen Anlaß, unsererseits einen Antrag einzubringen. Nun ist von einer anderen Partei ein Antrag eingebracht, den wir selbstverständlich einer gründlichen Prüfung unterwerfen müssen, da es sich um eine sehr wichtige entscheidende Frage handelt. Dieser Antrag hat auch eine Entwicklungsgeschichte hinter sich. Ich habe allein drei verschiedene Versionen davon zu Gesicht bekommen, ehe der Wortlaut vom Präsidenten verlesen wurde. Ich halte es für selbstverständlich, daß über einen solchen plötzlich eingebrachten Antrag nicht sofort abgestimmt wird. Ich erhebe deshalb unter Berufung auf Innehaltung der Geschäftsordnung (§ 23) Widerspruch gegen die sofortige Abstimmung.

Abg. Hoffmann (K. G.): Wir hätten diesen Antrag nicht eingebracht, wenn die übrigen Parteien es gewagt hätten, ein Vertrauensvotum zu beantragen. Wir wollen nur eine Abstimmung erzielen.

Präsident Vöbe: Der Reichstag wird über diese nicht ganz einwandfreie Frage entscheiden müssen. Unsere Geschäftsordnung stammt aus einer Zeit, wo unsere Verfassung noch anders lautete, Mißtrauensvoten im Reichstag nicht üblich waren.

Die Mehrheit des Reichstages entscheidet sich für sofortige Abstimmung.

Abg. Ledebour erklärt, daß unter diesen Umständen die Fraktion der USP. sich der Abstimmung enthält.

Hierauf wird das Mißtrauensvotum gegen die Stimmen der K. G. und Kommunisten abgelehnt.

Schluß der Sitzung: 8 Uhr. — Nächste Sitzung: Sonnabend, 2 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Besprechung der Interpellation Herzt betr. Wagenmangel und Ausschußberichte.

## Das kommt ja doch!

Aus der gestrigen Debatte des Reichstages verdient ein kleiner Zwischenfall besonders verzeichnet zu werden. Die französischen Nationalisten haben von jeher auf die Befestigung des Ruhrgebiets hingearbeitet, eine Maßnahme, die von den schwersten wirtschaftlichen Folgen für das gesamte deutsche Volk werden würde. Diese Befestigung zu verhindern, Deutschland die Aufrechterhaltung seiner Wirtschaft und seiner staatlichen Einheit zu sichern, ist bisher das Ziel gewesen, in dem angeht alle Parteien einig sind. Besonders laut aber haben sich die Deutschnationalen als die Verfechter der nationalen Idee bekannt. Das ist jedoch eitel Lug und Trug. Denn als gestern der Abgeordnete Müller-Franken davon sprach, daß durch die Erfüllungspolitik die Befestigung des Ruhrgebiets verhindert worden sei, da rief der deutsch-nationale Abgeordnete Sudjohn schadenfroh in den Saal hinein: „Das kommt ja doch!“

In diesem Zuruf offenbart sich die tiefste Sehnsucht deutsch-nationaler Wünsche und die völlige Uebereinstimmung, die zwischen den Nationalisten diesseits und jenseits des Rheins besteht.

## Sozialistische Mehrheit in Braunschweig

### Das amtliche Wahlergebnis

Braunschweig, 27. Januar.

Die Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses der Landtagswahlen im Lande Braunschweig hat folgende Endzahlen ergeben: U. S. P. D. 72 494, S. P. D. 52 640, K. P. D. 10 518, Landeswahlverband 101 004, Demokraten 28 446 Stimmen. Es erhalten demnach: U. S. P. D. 17, S. P. D. 12, K. P. D. 2, Sonderwahlverband 23, Demokraten 6 Sitze.

Nach diesem Wahlergebnis ist im Freistaat Braunschweig eine sozialistische Mehrheit von zwei Stimmen gesichert. Es muß demnach auch möglich sein, wieder eine sozialistische Regierung zustande zu bringen. Denn was in Sachsen und Thüringen, wo ebenfalls eine Mehrheit von nur zwei Stimmen besteht, durchführbar ist, das darf in Braunschweig nicht hintertrieben werden. Unsere Partei wird jedenfalls die Bildung einer solchen Regierung mit allen Mitteln anstreben. Unter den Rechtssozialisten in Braunschweig gibt es zwar einige unsichere Kantonsisten, aber wir glauben, daß ihnen von ihren Anhängern, den Arbeitern, die erforderliche Einsicht in die Notwendigkeiten einer proletarischen Politik beigebracht wird. Die sozialistische Mehrheit in Braunschweig ist aus einem Wahlkampf hervorgegangen, bei dem die Gegner das höchste Maß an Kraftentfaltung aufbrachten. Eine aus einem derartigen Kampf hervorgegangene sozialistische Mehrheit muß auch dem weiteren Ansturm der bürgerlichen Parteien Widerstand leisten können, ohne zu zerbrechen.

## Neue Regierung in Oesterreich

Wien, 27. Januar.

Nach dem Wahlvorschlag des Hauptauschusses steht sich das neue Kabinett wie folgt zusammen: Bundeskanzler und Inneres Schöber. Im übrigen keine Veränderung. Nur daß der Außenminister provisorisch die Leitung des Ministeriums des Neupreuzen übernimmt. Bundeskanzler Schöber hat die Wiederbetragung angenommen.

Der Nationalrat hat mit 80 gegen 72 Stimmen die neue Regierung Schöber in der bereits gemeldeten Zusammenfassung wiedergewählt. Mit den Christlichsozialen stimmten auch die Vertreter der deutschen Bauernpartei für die neue Regierung. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten und die Großdeutschen.

## Pressestimmen zum Tode der Genossin Zieh

**„Vorwärts“:** „Was sie zur Aufrechterhaltung und Erweckung der deutschen Arbeiterinnen geleistet hat, wird ihr ewig unvergessen bleiben. Und wenn auch der Krieg mit seinen Folgewirkungen sie aus unseren Reihen fort- und sie in immer größere Erbitterung gegen ihre ehemaligen Kampfgefährten hineintrief, so wird doch nicht diese letzte Periode ihres Lebens für ihre Beurteilung ausschlaggebend sein, sondern die größere, die vor dem Kriege lag. Sie zeigt uns Luise Zieh als den Typus der aufsteigenden Arbeiterin, die unter den schwierigsten ökonomischen und geistigen Verhältnissen ruhelos arbeitet an wirtschaftlicher und kultureller Vervollständigung. Die Erinnerung an diese schweren Kämpfe, in denen auch Luise Zieh stets in Reih und Glied an vorderster Stelle gefunden, wird ihr Gedächtnis auch bei denen wachhalten, denen sie in den letzten Jahren mehr und mehr entfremdet war.“

**„Rote Fahne“:** „Luise Zieh war eine der markantesten Erscheinungen innerhalb der proletarischen Frauenbewegung, und ihr Tod, der sozusagen in den Sielen erfolgte, wird nicht nur in den Reihen der U.S.P. Bedauern hervorrufen. Die Verstorbenen, die ein Alter von kaum 57 Jahren erreicht hat, war seit 1892 ununterbrochen in rastloser Weise in der sozialdemokratischen Bewegung tätig. Ihr Feld war besonders die Frauenbewegung, um deren Organisation sie sich hervorragende und bleibende Verdienste erworben hat. In den ersten Jahren der unabhängigen Bewegung war sie eine fanatische Feindin der Rechtssozialisten, und ihre Abrechnungen mit dem Koste-Sozialismus der Nationalversammlung machten sie dieser Partei besonders verhasst. In der letzten Zeit bekämpfte sie leider auch unsere Partei oftmals sehr heftig, ohne jedoch ebenso schnell wie andere Führer der Unabhängigen die Sünden der S.P.D. zu vergessen. Trotz alledem verschwinden an der Bahre dieser mutigen und unerschrockenen Kämpferin der proletarischen Frauen, die selber dem Proletariat entstammte, die Parteiunterschiede innerhalb der Arbeiterklasse, für die sie ein langes Leben in vorbildlicher Treue eingelegt hat.“

**„Vollst. Zeitung“:** „Ihre politische Tätigkeit richtete sich hauptsächlich auf Frauenangelegenheiten. Als Kindergärtnerin ausgebildet, beschäftigte sich Frau Zieh später schriftstellerisch mit Fragen des Mutter- und Säuglingswesens, der Frauenberufarbeit und mit den politischen Aufgaben der Frau. Sie selbst verlegte ihr Frauenkompetenz niemals. Es zeigte sich nicht bloß in äußerer Lebhaftigkeit, sondern auch in dem warmherzigen Gefühl, aus dem ihre Festigkeit oft zu erklären war. So war denn auch gefestigt die Anteilnahme im Reichstag ziemlich allgemein, und selbst Abgeordnete der Rechten bedauerten, daß Graf Westarp, der gerade das Wort hatte, als die Ohnmachtige hinausgetragen werden mußte, während der Unterbrechung nicht ein paar Worte des Mitgeföhls gefunden hat.“

**„Berliner Volkszeitung“:** „Luise Zieh ist in Verhältnissen groß geworden, deren Armlosigkeit nicht überboten werden kann, und das Glend ihrer Jugend war es, was sie zur Politik trieb. Nach einer kurzen Beschäftigung als Kindergärtnerin begann sie 1891 ihre Tätigkeit in der Sozialdemokratischen Partei; vom ersten Augenblick an stand sie auf dem linken Flügel der Partei, wenn sie auch nicht bis zum Extremismus Rosa Luxemburgs gegangen ist. Eine unermüdete Arbeiterin, organisierte sie die weibliche Anhängerschaft der Sozialdemokratie, in unermüdeter, vielleicht etwas zu roborativer Kraft war sie stets ein vorwärtstreibender Faktor in der Partei. Bald nach der Spaltung zu den Unabhängigen übergetreten, ward sie Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstages und trat besonders 1919 in ihrem Kampfe gegen Koste in die Erscheinung. Bei ihr Freund Haase das Bild sachlicher Ruhe, so war sie das Gegenbild stürmischer Leidenschaft, die wohl schill und mitleidend wirken konnte, doch immer aus ehrlichem Herzen kam. Wie ihre Rede, so war auch sie: eine rauhe Hülle barg einen guten Kern. Eine gebürtige Hofmeisterin, hat sie bis zum letzten Augenblick schaffend und gleichsam in den Sielen sterbend, ein Alter von nur 57 Jahren erreicht.“

**„Berliner Lokalanzeiger“:** „Anerkannt sei, daß sie ein persönlich durchaus anständiger Mensch war und zur Verringerung fremder Not alles hingab, was sie irgend entbehren konnte; anerkannt sei ferner, daß sie in all ihrem beschränkten Fanatismus durchaus ehrlich und gelegentlich — am Maße unserer jetzigen Parlamentsdebatten gemessen — nicht ohne eine gewisse Größe war. Als sie einmal, durch irgendein „Versähen“ in der Handhabung der Geschäftsordnung der Nationalversammlung, Gelegenheit hatte, auf eine Rede Koste's unverzüglich zu replizieren, da hatte sie, wie sie auf der halben Treppe zum Rednerpult hochgereichten Armes und wildflammenden Auges stand, etwas, das unmittelbar an die Zelle des bekannten Gedichts erinnerte: „Ist ein Weib ihm jäh entgegen.“ Aber dieses Weib hat nur Undeutschem ihre Begeisterung dargebracht und ist Feinden Deutschlands nie entgegengetreten.“

## Beileidsfundgebungen

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei hat an den Vorstand der U.S.P.D. das folgende Telegramm gerichtet:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nimmt lebhaften Anteil an dem schweren Verlust, den Ihre Partei und die ganze Arbeiterbewegung durch den Tod der Genossin Zieh erlitten.“

Auch alle bürgerlichen Fraktionen des Reichstages haben dem Vorstand der Unabhängigen Fraktion ihr tiefstes Beileid über den Verlust der Genossin Luise Zieh ausgesprochen. Dasselbe haben zahlreiche Frauen, auch der bürgerlichen Fraktionen, getan, die zugleich ihre große Wertschätzung für die Verstorbenen zum Ausdruck brachten.

## Worte statt Taten

Wiederholt hat der Verband der Invaliden und Witwen Deutschlands die allgemeine Aufmerksamkeit auf die überaus große Not der Sozialrentner hingelenkt. Die Unabhängige Fraktion des preussischen Landtages hat aus diesem Grunde am 12. Oktober des vergangenen Jahres einen Antrag gestellt, in dem das Staatsministerium für Volkswohlfahrt beauftragt wurde, sofort bei der Reichsregierung wegen einer beschleunigten Erhöhung der Sozialrenten vorstellig zu werden, und sich gleichzeitig dafür einzusetzen, daß den Rentenempfängern eine Beschaffungsbefehle von 1000 Mark zur Verringerung der größten Not ausgehändigt werde. Trotz der augenfalligen Dringlichkeit ist dieser Antrag bis heute nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden, deshalb hat Genosse Abg. Christiane bei der Beratung des Volkswohlfahrtsrats erneut einen Antrag gestellt, 100 Millionen Mark zur Zahlung einer Beschaffungsbefehle für die Invaliden des preussischen Staats bereitzustellen. Der Antrag wurde dem Hauptauschuss des Landtages überwiesen, der sich in längerer Beratung damit beschäftigte.

Genosse Christiane legte reiches Zahlenmaterial vor, aus dem eindeutig die Notwendigkeit nicht nur einer Erhöhung der Sozialrenten, sondern auch einer sofortigen Verringerung der größten Not durch Zahlung einer Beihilfe hervorgeht. Während entprechend der Geldentwertung die Beiträge für Alters- und Invalidenversicherung auf das 25 bis 34fache erhöht worden sind, bleibt die Erhöhung der Leistungen weit dahinter zurück. In der höchsten Klasse, bei Zahlung von tausend Beiträgen, bekommt ein Invalide, der 1914 eine monatliche Rente von 22,50 M. erhielt, heute die stattliche Summe von 164 M. monatlich, also eben eine siebenfache Steigerung, bei der Altersrente ist die Erhöhung der Leistung noch geringfügiger. Es bedarf keiner näheren Be-

# Schicksalsfragen der Arbeiterklasse

## Preussischer Landtag

Freitag, den 27. Januar

Der Gehehtwurf über die Beteiligung Preußens an der Ostpreußenweit-Altiengeellschaft geht an den Hauptauschuss. Hierauf wird die erste Beratung des Haushaltsplans für 1922 fortgesetzt.

**Minister des Innern Severing:** Wir müssen endlich durch die Tat beweisen, daß es uns mit der Selbsterhaltung der Gemeinden ernst ist. Wenn erst bei uns ruhige Verhältnisse eingetreten sein werden, dann wird auch in die Verwaltung unter der neuen Verfassung eine größere Stetigkeit einziehen. Wenn die Deutschnationalen die Verringerung des Beamtenapparates wünschen, dann mögen sie die Einzelressorts weniger mit ihren sinnlosen kleinen Anträgen überhäufen. (Zuruf rechts: Das geschieht aus Opposition! — Allgemeine Heiterkeit.) Ich werde in Zukunft auf solche Anfragen nicht mehr antworten. Schon ihre Brudlegung verflüchtigt ungeheure Summen.

Von einer Untergrabung der Disziplin bei der Sicherheitspolizei kann keine Rede sein. Sie ist heute so gut wie nie zuvor, sie ist nur dort erschwert, wo die Offiziere verkennen.

daß die Zeit des Rekrutendruckes endgültig vorbei ist.

Gegen Offiziere, die ihre Untergebenen vor versammelter Mannschaft mit Schimpfworten belegen, wird rüchtdlos eingeschritten. Die Polizeibeamten werden dann leicht denselben Ton auch dem Publikum gegenüber an. Die Polizei soll aber dem Publikum nicht als Schreckgespenst gegenübertreten, sie soll ihm vielmehr helfen. Daß von der Rechtsprelle alle meine Maßnahmen und Erlasse, so die Verordnung über die Vermehrung der Sicherheitspolizei heruntergeputzt werden, bloß weil ich Sozialdemokrat bin, beirrt mich nicht.

Die wilden Streiks verurteile auch ich. Ihre Zahl hat in letzter Zeit erfreulicherweise abgenommen. Dem Schlemmerleben muß durch fröhliche Besteuerung entgegengetreten werden. Das wirkt besser als das Schreien nach der Polizei. Die Vorlagen über eine neue Städte- und Gemeindeordnung werden nach im nächsten Monat dem Landtage zugehen. Mein Wunsch ist ein starkes, freies, friedliebendes Preußen in einem starken Reich. (Lebh. Beifall.)

**Abg. Wiemer (DVP):** polemisiert gegen einige Ausführungen des Ministers, die im Interesse der Koalition zumindest entbehrlich gewesen wären. Eine Nebenregierung der Beamtenverbände darf nicht gebildet werden.

**Abg. Krüger-Votsch (Soz.):** Meine Parteifreunde unterzeichnen Wort für Wort, was Minister Severing ausgeführt hat. Die Spekulationsgewinne müssen scharf besteuert werden. Die Taktik der Unabhängigen ist falsch, weil sie eine Koalition und Regierung der Koalitionsparteien herbeiführen müßte. Im Grunde ihres Herzens leben es die Unabhängigen sehr gern, daß wir durch unsere Koalitionspolitik verhindern, daß etwa ein Herr Helfferich Reichstagskanzler wird. Eine Koalitionsregierung kann allerdings eine rein sozialistische Politik betreiben. Die Demokratisierung der Verwaltung muß mit allem Nachdruck fortgesetzt werden. (Beifall bei der Soz.)

**Abg. Dr. Lauscher (Ztr.):** Unsere Konfession wird bei der Stellenbesetzung immer noch nicht gebührend berücksichtigt. Daß die Deutschnationalen katholischfeindlich sind, beweist u. a. der Nachruf der „Deutschen Tageszeitung“ auf den Papst.

## Abg. Kleinspehn (USP):

Die Parteien der großen Koalition hier wie im Reiche haben wohl die Erfüllungsförmel von der Unabhängigen Sozialdemokratie übernommen, aber sie sind nicht bereit, diese Förmel auch mit dem richtigen Inhalt zu erfüllen. Wir treten für die Erfüllungspolitik ein, weil wir wissen, daß, solange die Kriegswunden noch bluten, es keine andere Möglichkeit gibt, die Völkter wieder aufwärts und vorwärts zu bringen und die Wirtschaft wieder zu heben. Zur Erfüllungspolitik im Sinne der Unabhängigen Sozialdemokratie gehört eine entsprechende Finanzpolitik. Aber das Steuerkompromiß, das soeben im Reichstag zustande gekommen ist, ist ein

## Meistertück politischer Unentschlossenheit.

Die Parteien der großen Koalition haben sich dabei von dem Motto des deutschnationalen Führers Helfferich leiten lassen, der bei der Beratung der Beihilfeszurage: Das Wichtigste ist für uns der Schutz des Privatvermögens. Selbst bürgerliche Zeitungen müssen zugeben, daß den Produzenten auch diesmal wieder sehr erhebliche Zugeständnisse gemacht worden sind. Wüderartigen finanzpolitischen Spiegelfechtereien wird Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllen und seine Versprechungen nicht einlösen können, und es kann schon heute gesagt werden, daß ohne

gründung, daß dieses Mißverhältnis zwischen Beitragserhöhung und der Erhöhung der Leistung zwischen der Höhe der Rente und der Steigerung der Preise und Unterhaltungskosten unerträglich ist.

Trotz dieser offensichtlichen Berechtigung des Antrages fanden die Regierung und die bürgerlichen Parteien lediglich einige mehr oder minder schöne Worte für die Not der Invaliden, sie löhnten sich aber nicht zu tatkräftiger Hilfe bereitfinden. Der Regierungsdirektor Dr. Bracht versteckte sich hinter vermalstentechnischen Schwierigkeiten, und die bürgerlichen Parteien schoben die Verpflichtung zur Hilfe auf das Reich ab. Obwohl Genosse Christiane darauf hinwies, daß Sachsen mit der Bewilligung von 25 Millionen Großhüringen mit der Bewilligung von 7 Millionen und andere Länder und Gemeinden mit gutem Beispiel vorangegangen sind, und obwohl unser Antrag von den Rechtssozialisten und Kommunisten unterstützt wurde, stimmten die bürgerlichen Parteien dagegen, so daß der Antrag abgelehnt wurde. Um die unsoziale Handlungsweise etwas zu bemängeln, nahm man dann eine Resolution an, die von der Reichsregierung Hilfsmahnahmen fordert.

Den Invaliden und Sozialrentnern ist mit einer solchen Resolution natürlich nicht geholfen. Die Haltung der bürgerlichen Parteien ist nicht nur unsozial, sondern angesichts einer solchen Not der ärmsten Bevölkerungsschichten einfach unverantwortlich.

## Eine neue Leistung der Justiz

Der „Vorwärts“ berichtet über eine Urteilsausfertigung, die vom Amtsgericht Berlin-Schöneberg in einer Zivilprozesse an den Bezugsstellen geschickt wurde. An der Stelle, wo auf den Urteilen früher „Im Namen des Königs“ zu lesen war und jetzt „Im Namen des Volkes“ stehen soll, standen in Schreibmaschinenchrift die Worte: „Im Namen des Volkes.“ Die genaue Prüfung des Aktenstückes ergab, daß es sich um ein vorchriftsmäßig gefertigtes und unterschriebenes Exemplar handelte. Bei dem Inhaber des Urteils erschien am Donnerstag vormittag ein Beamter des betreffenden Gerichts, um das „bedauerliche Versehen“ abzuändern.

Die deutsche Justiz hat besonders harte Urteile gegen Arbeiter häufig damit begründet, daß ein „absehendes Exempel statuieren“ werden müsse. Uns scheint hier eine solche Notwendigkeit gegenüber den monarchistischen Justizbeamten vorzuliegen. Keine Strafe ist hart genug, um diesem reaktionären Volk nachdrücklich klarzumachen, daß sich die Republik eine solche Verrücktheit von den Subalternen Organen, die noch dazu über die Wahrung der staatlichen Autorität wachen sollen, unter gar keinen Umständen gefallen lassen kann.

Sachwertfassung keine Revision des Versailles Vertrages möglich sein wird. (Sehr richtig! b. d. U. S.)

Wir müssen nicht immer warten, bis eine Anordnung von außen kommt, sondern wir müssen endlich dazu kommen, aus dem Verantwortungsgedühl und dem Empfinden für die Allgemeinheit heraus zu handeln. Das ist es, was der deutschen Politik in den letzten Jahren fehlte und was ihr auch heute noch fehlt. Der Mangel an politischer Entschlußkraft ist auch eine der Ursachen unserer heutigen Finanzkatastrophe. Wenn Preußen vom Reiche so wenig als Anteil an den Steuern erhalten hat, so geschah das, weil aus den Arbeitern nicht mehr herausgepresst war. Denn die Besitzenden haben bis heute noch nichts für ihr teures Vaterland getan. Im Gegenteil, sie benützen jede Gelegenheit,

das Vaterland zu schädigen und zu betrügen.

Auch das Steuerkompromiß ist im Grunde nichts weiter als ein Beitrag an der breiten Masse des Volks. Es soll den Arbeitern eine Belastung des Besitzes vorpiegeln. Ist aber in Wahrheit nichts weiter als eine Quelle neuer Bereicherung für die Besitzenden. Die Rotenpresse wird deshalb weiter rufen, und die Kaufkraft der Arbeitenden wird weiter ausgehöhlt werden, und die Folgen werden neue Forderungen an den Staat und damit auch eine neue Vergrößerung des Defizits im Haushalt des preussischen Staates sein.

Es ist Pflicht der preussischen Regierung dahin zu wirken, daß der Reallohn des Arbeiters gesichert wird. In der Landwirtschaft werden ungeheure Reinerträge erzielt. Die Folge davon ist, daß sich der Luxus und das Schlemmerleben auch immer mehr unter den Besitzenden auf dem Lande ausbreitet. In denselben Augenblick, in welchem weite Kreise keine Kartoffeln mehr zu essen haben und sich bei grimmer Kälte keine Kohlen beschaffen können, werden auf den Tischen der Reichen die Sektgläser nicht leer. Bei den bürgerlichen Parteien kann man es ja verstehen, daß sie eine Finanzpolitik treiben, die immer wieder die Armen trifft. Sozialisten aber sollten es mit allen Mitteln zu verhindern suchen, daß die Besitzenden von allen Staatslasten frei werden, während die Arbeitenden unter diesen Lasten fast zusammenbrechen. Es gab Möglichkeiten, die Sachwertfassung herbeizuführen, wenn nur alle sozialistischen Parteien geschlossen zusammengekommen hätten gegen diese arbeiterselbständige Steuerpolitik. Was die Rechtssozialisten in den letzten Tagen getan haben, ist auf nur ein Ausfluß der mangelnden Kraft zu großen Entschlüssen. Sie, die Rechtssozialisten, treiben immer nur Politik aus Augenblicksinteresse heraus oder aus kleinstem Parteiegoismus und vergessen dabei das große weltpolitische Gesamtziel. Ich erinnere die Rechtssozialisten in diesem Zusammenhang an das Schicksal des Liberalismus, der ja auch daran zugrunde ging, weil er immer glaubte, daß kleinliche Tagespolitik das Wichtigste sei, und weil er es nicht verstand, den Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik richtig zu erfassen. Heute danken die Rechtssozialisten vor dem Liberalismus ab, der seiner Unfähigkeit wegen vor einem Bismarck abgedankt mußte, ab. Das ist ein

ungeheurer politischer Niedergang.

und die Rechtssozialisten sollten endlich einmal an ihre Pflichten denken, die sie gegenüber der Arbeiterklasse und dem Sozialismus zu erfüllen haben. (Sehr richtig! b. d. U. S. V.) Wer da glaubt, Erfüllungspolitik treiben zu können, ohne den kapitalistischen Interessen irgendwie nahezutreten, der treibt das selbe Spiel, wie während des Burgfriedens. Das haben die Rechtssozialisten anscheinend nicht bedacht. Sie haben an einem wichtigen Schicksalstage des Sozialismus wieder einmal versagt und die sozialistischen Interessen den tagepolitischen Interessen der Partei untergeordnet. Gegen diese Politik rufen wir die Arbeitermassen zum rüchtdlosen Kampf auf, und als Banner wollen wir diesem Kampfe vorantreiben die Feuerpolitischen Forderungen unseres Leipziger Manifestes. (Lebhafte Beifall b. d. U. S. V.)

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Schuetter (Komm.) und Bieker (Deutsch. Hannov.) wird die Aussprache geschlossen. Der Haushalt geht an den Hauptauschuss. Es folgt die erste Beratung des Gehehtwurfs über die Erhebung einer vorläufigen

## Steuer von Grundvermögen

Finanzminister Dr. v. Richter: Der Gehehtwurf ist von der früheren Regierung Siegerwald übernommen worden, und wir haben eine Reihe von Bedenken, legen den Entwurf aber trotzdem vor, da wir sonst nicht in der Lage sein würden, die Steuer zum 1. April zu erheben. Wir haben die Grundsteuer gewählt, damit nicht das Reich uns zuvor kommt, um sie den Gemeinden zuzuwenden. Die Produktion der Landwirtschaft wird durch das Gesetz nicht beeinträchtigt werden.

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 11 Uhr: Grundsteuer.

Daß man diese Provokation noch als ein „bedauerliches Versehen“ zu korrigieren versucht, paßt ganz zu dem Wesen der monarchistischen Gesinnung: anmaßend und feige zugleich.

## Personenverwechslung!

Im preussischen Abgeordnetenhaus hielt der Rechtssozialist Dr. Siegfried Rosenfeld bei der Beratung des Antrages, die Immunität des Abg. Eberlein aufzuheben, eine Rede, die deshalb Aufsehen erregte, weil wohl niemals zuvor mit solcher Offenheit von der rechtssozialistischen Fraktion eines Parlamentes die Immunität preisgegeben worden ist. Aus vielfachen Anträgen geht hervor, daß diese rechtssozialistische Leistung irrtümlich unserem Genossen Dr. Kurt Rosenfeld angehängt wird. Wir stellen deshalb ausdrücklich fest, daß unser Parteigenosse Mitglied des Reichstages und nicht des Landtages ist und daß der preussische Landtagsabgeordnete Dr. Siegfried Rosenfeld der Fraktion der Rechtssozialisten angehört.

Eine offensichtliche Fälschung begeht das rechtssozialistische Blattier unter der fetten Ueberschrift „Der Unabhängige Dr. Rosenfeld stellt den Schutz der republikanischen Interessen höher als die Immunität eines Abgeordneten.“ Das Blatt behauptet weiter, daß Dr. Rosenfeld die Zustimmung der USP-Fraktion zur Genehmigung des Strafverfahrens gegenüber Eberlein ausgesprochen habe, und das rechtssozialistische Organ schickt daraus auf eine „söllige Wandlung in der Haltung der USP.“ Diese Leichtfertigkeit ist kaum noch zu überbieten. Von einem rechtssozialistischen Redakteur muß man doch annehmen, daß er genau weiß, daß der preussische Landtag abgeordnete Dr. Siegfried Rosenfeld der Fraktion keiner Partei angehört. Wir stellen ausdrücklich fest, daß unsere Fraktion, vertreten durch den Genossen Liebschütz, getreu der von ihr immer eingenommenen Haltung gegen die Aufhebung der Immunität Eberleins aufgetreten ist und gestimmt hat.

Ein Goldschatz von 50 Millionen Franken auf dem Grunde des Meeres. Ein britischer Ingenieur, der Spezialist im Bergen von Wracks ist, kündigt an, daß er die Absicht hat, das Wrack eines torpedierten Schiffes zu heben, das durch Wasser unerschöpfliche Werten im Werte von 50 Millionen Goldfranken an Bord gehabt hat. Er rechnet damit, daß man mit einer Ausgabe von 150 000 Franken auskommen wird, um diesen Riesenschatz aus dem Meere wieder herauszubefördern.

Ueber die gegenwärtige Lage in Rußland und die Stellungnahme der Sozialrevolutionären Partei spricht am Montee, den 30. Januar, abends 7½ Uhr, in den Spichernsälen (in russischer Sprache) der Vorsitzende der Sozialrevolutionären Partei, Viktor Tschernoff.

# WEISSE WOCHE

Wir bringen in dieser Woche Weisse Waren aller Art zu enorm billigen Preisen zum Verkauf

Beginn Montag den 30. Januar

# HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

## Theater u. Vergnügungen

**Volkstheater**  
Donnerstag, 2. Februar, 7 Uhr:  
Erstaufführung:  
**Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler**

**Residenz-Theater**  
7 1/2 Uhr  
Das weite Land  
Erstausführung:  
**Die Ehe im Kreise**

**Wagner-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr  
**Die Ehe im Kreise**

**Wauwau-Theater**  
8 Uhr  
**Die Ehe im Kreise**

**Wauwau-Theater**  
8 Uhr  
**Die Ehe im Kreise**

**Wauwau-Theater**  
8 Uhr  
**Die Ehe im Kreise**

Theater i. d. Königgrätzer Str.  
Donnerstag, 2. Februar, 7 Uhr:  
Erstaufführung:  
**Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler**  
(„Julia“ — „Euphemia“ — „Donna Anna“)

Phantastisches Melodram nach E. T. A. Hoffmanns Leben und Erzählungen, in drei Teilen und einem Vorspiel, von Carl Meinhard und Rudolf Bernauer. Musik mit teilweiser Benutzung von Motiven aus E. T. A. Hoffmanns Oper „Udine“ und Mozarts „Don Juan“ von E. N. v. Rejzicek.

Regie: Carl Meinhard und Rudolf Bernauer.  
Dekorationsentwürfe: Svend Gade  
Kostümentwürfe: Hermann Krehan  
Musikalische Leitung: Hugo Moesgen  
Choreographie: Heinrich Kröllner  
(mit Genehmigung der Intendanz der Staatsoper)

Hauptdarsteller:  
Ludwig Hartau / Alfred Abel / Charlotte Schulz  
Franziska Kitz / Paul Bildt / Frieda Richard  
Robert Scholz / Ernst Dernburg / Gustav Boh  
Paul Rehlopf / Hermann Picha u. a. m.  
Wenn das Spiel begonnen hat, findet kein Einlaß statt.  
Erhöhte Preise der Plätze.

Ausschneiden!  
Sondervergünstigung für 1-4 Personen

Theater am Hollendorplatz  
Täglich  
abends 7 1/4 Uhr  
**Die Ehe im Kreise**

Operette in 3 Akte v. Hermann Haller u. Richard Strauß. Musik v. Richard Strauß

1. Bild: Der himmlische Verführer  
2. Bild: Eine göttliche Nacht  
3. Bild: Am anderen Morgen

Die Abonnement der „Freiheit“ zahlen halben Kassenspreis auf allen Plätzen im Parkett und I. Rang.  
Samstage 5 Mk. Waffel.

Vorverkauf von 10 Uhr bis 1 Uhr  
Gültig bis Februar 1922

Armeepistolen  
Mauser 7,63 kaufen zu höchsten Preisen oder tauschen gegen neue 6,3 oder 7,63  
Waffenfabrikonia  
Würzburg, Bayern

**Möbel**  
jeder Art auf  
**Kredit**  
billig  
und  
bequem

Witt. Frese  
Berlin N 54  
Weinbergstr. 1  
am Rosenhaer Platz

**Kreisler**  
Phantast. Melodram nach E. T. A. Hoffmanns Leben und Erzählungen von Carl Meinhard und Rudolf Bernauer. Musik mit teilweiser Benutzung von Motiven aus Hoffmanns Oper „Udine“ und Mozarts „Don Juan“ von E. N. v. Rejzicek.  
Choreographie: Heinrich Kröllner  
(mit Genehmigung der Intendanz der Staatsoper)

**Wauwau-Theater**  
8 Uhr  
**Die Ehe im Kreise**

**Wauwau-Theater**  
8 Uhr  
**Die Ehe im Kreise**

**Wauwau-Theater**  
8 Uhr  
**Die Ehe im Kreise**

**Circus Busch**  
Tel. 71, 81, auch 7 U.  
Der Circus ist der beliebteste  
Das Pferdekarussell  
Bachmann Wasseraplan  
Sonne 311, 1. Kinderei  
Robinson Crusoe  
Cortaf. Wirtsh.  
u. Circusstoffe

**Arbeitskraft u. Lebensfreude**  
erhalten u. geben  
**Godessberger**  
Verkaufungs-Herz  
Wurm-Regule-Unterleibs-  
Magenstärkende-  
Kräuter  
Jedes Paket Mk. 1.-  
Aeritlich empfohlen  
In Apotheken, Auftragspreis gratis

Haupt-iederlage für Berlin:  
**Elefanten-Apotheke S W, Leipziger Str. 74**

**Tüchtige Verkäuferinnen**  
für  
**Tapiserie**  
sofort gesucht.

Meldungen: 5-6 Uhr abends

**A. Jandorf & Co.**  
Charlottenburg  
Wilmsdorfer Str. 18/119

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin

**Nachruf**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlichter  
**Adolf Wünsche**  
Stn. Neuenhagen, am 20. d. Mts. verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!

**Todes-Anzeige**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:  
Der Schlichter  
**Kurt Heymann**  
Berlin, Funkstr. 21, am 24. d. Mts.  
Die Einäscherung findet am Dienstag, den 31. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, im Krematorium Gerickestraße, statt.  
Der Arbeiter  
**Stanislaus Bloch**  
Berlin, Köpenicker Str. 36, am 24. d. Mts.  
Die Einäscherung findet am Dienstag, den 31. d. Mts., nachmittags 10 1/2 Uhr, im Krematorium Gerickestraße, statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Kege Beileidigung wird erwünscht.  
Die Ortsverwaltung.

**Prinzessin Olala**  
Emmy Sturm  
Herbert Riper  
Louis Kalliger  
Walter Koch

**Residenz-Kasino**  
Blumenstraße 10  
Das Paradies der Witwenbälle  
Nur Kundbesuche

**M. PHILIPS PRICE**  
**Die russische Revolution**  
(Erinnerungen aus den Jahren 1917-1919)

Aus dem Inhalt: Der Petersburger Sowjet und die erste Koalition / Das erste Stadium der Agrarrevolution / Wie die Kosaken und Tataren über die Revolution dachten / Der Sturz der bürgerlichen Koalition — Alle Macht den Räten / Sabotage der Intellektuellen und der Kampf auf dem Bauernkongress / Die internationale Gegenrevolution geht zur Offensive über

495 Seiten Preis: brosch. Mk. 44.00, geb. Mk. 51.00  
(Organisationsausg.): „ „ 19.00 „ 35.00

Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cahmley, Hamburg

**Botenfrauen sofort gesucht**  
**Austragelohn**  
pro Monat u.  
Abonnement **M. 4 20**

Expedition Werner  
Greifswalder Straße 29

Expedition Krüger  
Neukölln, Neckarstraße 3

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin 9154, Eichenstr. 83-85  
Telephon von vorn 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr  
Telephon Amt Norden Nr. 833-838

Montag, den 30. Januar 1922, abends 7 Uhr, im Verbandshaus, Wilmersdorfer Str. 18/119 (Ecke Wilmersdorfer Str.)  
**Branchen-Versammlung**  
der Emailer und verwandten Berufe.

Tagungsordnung: 1. Jahresbericht der Kommission. — 2. Wahl der Branchenkommision. — 3. Weitere Maßnahmen und Bericht des. —  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt

**Neue Welt**  
A. Scholz, Hasenheide 108-14

Heute  
Sonnabend, 28. Januar 1922

**Bockbier-Fest**  
**Gr. Alpenball**  
8 Kapellen  
Einlaß 6 Uhr / Anfang 7 Uhr

**M. PHILIPS PRICE**  
**Die russische Revolution**  
(Erinnerungen aus den Jahren 1917-1919)

Aus dem Inhalt: Der Petersburger Sowjet und die erste Koalition / Das erste Stadium der Agrarrevolution / Wie die Kosaken und Tataren über die Revolution dachten / Der Sturz der bürgerlichen Koalition — Alle Macht den Räten / Sabotage der Intellektuellen und der Kampf auf dem Bauernkongress / Die internationale Gegenrevolution geht zur Offensive über

495 Seiten Preis: brosch. Mk. 44.00, geb. Mk. 51.00  
(Organisationsausg.): „ „ 19.00 „ 35.00

Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cahmley, Hamburg

**Pelzmäntel**  
sogen. Naktpelze  
von 250 M. an offer.  
**H. Voß & Co.**  
Wilhelmstraße 113

**Platin, Gold- u. Silberbruch**  
Zahngelbte • Uhren • Ketten • Ringe  
sowie sämtl. Allmetalle kauft zu Engrospreisen

**Roseneck**  
Berl'n O., Schreinerstr. 32. Fabrik 1. Mts. u. 2. Mts. Frankl. Alter und Neukölln, Eichenstr. 41, an der Bergstraße. Größtes Schmelz- u. Goldschmelzwerk. Nachschmelzwerk.

**Achtung! Schmiede! Achtung!**  
Die für Sonntag, den 29. Januar, angelegte  
**Branchen-Versammlung**  
der Schmiede  
findet nicht statt.

Am Montag, den 30. Januar 1922, abends 7 Uhr, im Verbandshaus, Wilmersdorfer Str. 18/119 (Ecke Wilmersdorfer Str.)  
**Betriebsräte-Versammlung**  
der Untergruppe 23 (Klempner, Gasmeßer und Ornamentfabriken)

Tagungsordnung: 1. Bericht der Gruppenleitung. — 2. Gruppenangelegenheiten.

Am Montag, den 30. Januar 1922, nachmittags 5 Uhr, in der Schulstraße, Wilmersdorfer Str. 18/119  
**Branchen-Versammlung**  
der chirurgischen Branche.

Tagungsordnung: 1. Jahresbericht. — 2. Stellungnahme zur Tarifänderung. — 3. Bericht der Kommission.  
Die Ortsverwaltung.

# Entkommunalisierung der Straßenbahn?

## Ein bürgerlicher Plan

Von Hermann Amberg, Stadtverordneter

In letzter Zeit ist von allen rechtsstehenden Berliner Blättern ein scharfer Kampf gegen die Kommunalisierung geführt worden. Die Wortführer dieses Kampfes erklären, daß die Kommunalisierung die Schuld an der schlechten Lage der städtischen Unternehmungen trage, und fordern die Umgestaltung der Werke in gemischtwirtschaftliche Betriebe. Warum wohl dieses Bestreben nach dem Besitz dieser angeblich schlechten Betriebe? Die Vertreter des Kapitals erkennen klar, daß die städtischen Werke nach Überwindung der schwersten Krise in nächster Zeit Ueberschüsse bringen müssen, ja, zum Teil jetzt schon bringen. So hat doch selbst der Kämmerer in der Stadtverordnetenversammlung die Berliner Elektrizitätswerke als Musterbetriebe bezeichnet.

Einer der eifrigsten Wortführer für die gemischtwirtschaftlichen Betriebe, Herr Dr. Paul Michaelis vom „Berliner Tageblatt“, fordert in der letzten Verkehrsdeputations-Sitzung die Entkommunalisierung der Straßenbahn. Nur dann, meinte er, würden die privaten Geldgeber wieder ihr Kapital zur Verfügung stellen. Wie nun die Umwandlung gedacht ist, beweist der Plan, den Herr Direktor Lüdke von der Straßenbahn entworfen und den Mitgliedern des Verwaltungsrats überreicht hat. Die Straßenbahn soll in eine städtische Aktiengesellschaft umgewandelt werden, mit einem aus Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung zu wählenden Aufsichtsrat, unter Vorsitz nicht des Verkehrsstadibräurats, sondern des Kämmerers. Die Generalversammlung würde die Stadtverordnetenversammlung darstellen. Wie weit die Durchführung dieses Vorschlages sich mit der Städteordnung und mit dem Handelsgesetz vereinbaren läßt, mag dahingestellt bleiben. Dem Kenner der Verhältnisse ist klar, daß die Berliner Straßenbahn auf diesem Umwege wieder das werden soll, was sie früher war, nämlich ein privatkapitalistischer Betrieb.

Könnte von den jetzigen kommissarischen Direktoren der Straßenbahn etwas anderes erwartet werden? Keint! Schon darum nicht, weil sie aus ihrer Haut als gelehrige Schüler des Kapitals nicht herauskönnen. Herr Direktor Lüdke ist z. B. noch heute Procurist der AEG, und von dieser zur Zeit beurlaubt, ein Verhältnis, das zu Bedenken Anlaß gibt, wenn man sich vor Augen hält, daß die AEG die Hauptlieferantin der Straßenbahn ist. Herr Direktor Piort ist der Bruder eines der Leiter der AEG, des Baurats Pförtz. Bei Beratung über die endgültige Anstellung der beiden Direktoren sind diese Tatsachen eingehender Ueberlegung wert. Der erwähnte Vorschlag der Direktion behauptet, daß die städtische Verwaltung zu schwerfällig sei, als daß unter Beachtung ihrer Grundzüge ein städtisches Unternehmen kaufmännisch geleitet werden könnte. Es erscheint zum mindesten übereilt, nach kaum einjährigem Bestehen des Riesenverwaltungsapparats der Einheitsgemeinde Groß-Berlin schon ein solches Urteil zu fällen. Sicher wird sich doch im Laufe der weiteren Entwicklung in der Praxis manches abschleifen. Man muß bei einem solchen Urteil ferner berücksichtigen, daß der Gesamtumbau der städtischen Verwaltung durch die von bürgerlicher Seite veranstaltete Neuwahl der Stadtverordneten in seiner Weiterentwicklung stark gehemmt worden ist.

Wie verhält sich aber überhaupt der jetzige Standpunkt der Direktion mit der günstigen Entwicklung des Unternehmens während des ersten Halbjahres ihrer Tätigkeit April/September, für welche Zeit ein Ueberschuß von 18 Millionen gebucht ist? Die Aufsicht durch die Stadt, d. h. durch das Verkehrsamt, bestand in gleicher Form wie heute schon vor dem Diensttritt der jetzigen Direktoren. Wie läßt sich nun aber der große Unterschied zwischen dem Gewinn der Zeit vom April bis Oktober 1921 und dem Defizit (70 Millionen) vom November 1921 bis März 1922 erklären? Die Lohn-erhöhung allein kann diesen Unterschied nicht ausmachen. Es fragt sich, ob der für das erste halbe Jahr gebuchte Ueberschuß tatsächlich im Laufe dieser sechs Monate erzielt wurde. Das müßte nochmals, aber von einer völlig neutralen Stelle unter Hinzuziehung des Stadtkämmerers und des Verwaltungsrats genau festgestellt werden.

Die Geldentwertung und die damit verbundene Krise der Straßenbahn gibt jetzt den langgeheuteten Anlaß, einen Vorstoß zur Entkommunalisierung der Straßenbahn zu machen. Wenn in dem Vorschlag des Direktors Lüdke gefordert wird, „alle bis April 1922 entstehenden Verluste sind von der Stadtkämmerei zu übernehmen“, so ist das geradezu absurd. Es heißt dann in dem Vorschlag wörtlich weiter: „Nach dem 1. April 1922 entstehende Verluste werden unter keinen Umständen von der Kämmerei übernommen.“ Will die Direktion die Garantie dafür übernehmen, daß nach dem 1. April 1922 niemals wieder Verluste entstehen? Dann müßte sie solche aus ihrer Tasche beden, oder wo soll das Geld sonst herkommen? Soll der Vorschlag Lüdke wirklich ernst genommen werden? Tatsächlich gangbare Wege für die Erzielung einer Besserung nach dem 1. April 1922 sind in dem Vorschlage nicht enthalten. Mit dem Ausspruch: „die Verwaltung muß nicht nur eine Erhöhung der Einnahmen durch eine entsprechende Jahresspreizung erzielen, sondern auch die Ausgaben durch entsprechende Kontrollen möglichst niedrig halten, so daß ein möglichst hoher Wirtschaftseffekt erzielt wird“, ist nichts getan. Das alles kann die Direktion doch schon heute ausführen. Daß sie zum Jahresabschluss eine Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung aufstellt, ist doch selbstverständlich und braucht nicht besonders als Heilmittel gegen die Verluste vorgeschlagen werden. Oder liegt etwa das Neue des Vorschlages darin, daß diese Bilanz im Gegensatz zu den bisherigen nach kaufmännischen Grundzügen gezogen werden soll? Sollte tatsächlich das Endergebnis durch die Art der Buchführung ein anderes werden? Warum sagt man nicht frei heraus, was beabsichtigt ist? Wenn nach dem 1. April 1922 die Stadtkämmerei unter keinen Umständen irgendwelche Zuschüsse zur Deckung etwa entstehender Verluste leisten soll, dann muß eben zur Deckung dieser Verluste Privatkapital herangezogen werden. Aus dem vorgeschlagenen Wege würde also das Unternehmen zwangsläufig dem Privatkapital ausgeliefert werden. Vorher, bis zum 1. April 1922, bis zu welchem Tage nach dem Vorschlage alle Verluste die Stadtkämmerei decken soll, ist jedenfalls beabsichtigt, durch Neuanstellungen und Erneuerungen in weitestem Maße das Unternehmen auf eine gesunde Grundlage zu stellen, um es so als gutes Geschenk dem Privatkapital zu überreichen.

Noch eins kommt hinzu: Die Beamten der Straßenbahn fallen jetzt unter die städtische Besoldungsordnung, die Arbeiter unter den städtischen Manteltarifvertrag. Der Vorschlag der Direktion würde dazu führen, daß mit den Beamten und Arbeitern Privatarbeitsverträge geschlossen werden — selbstverständlich, um hierbei erhebliche Beiträge für Löhne und Gehälter im Interesse der Aktiengesellschaft zu ersparen. Man will so auf Kosten der Arbeiter und Beamten, wie das früher bei der Großen Berliner Straßenbahn der Fall war, das Unternehmen rentabel gestalten. Ist dieser Vorstoß bei der Straßenbahn geplant, so werden die anderen städtischen Werke nachzuziehen. Die politischen Arbeiterparteien sowie die Gewerkschaften werden diesen Vorstoß des Kapitals rücksichtslos bekämpfen müssen. Die Arbeiterklasse wird klar erkennen müssen, welche Gefahren der Kommunalisierung drohen. Es ist das nicht nur eine Sache der städtischen Arbeiter, sondern aller Arbeiter, Angestellten und Beamten.

**Die Kohlen der städtischen Werke.** Die Befürchtungen, daß das Anhalten des scharfen Frostwetters, die in der letzten Zeit kritisch gewordene Kohlenversorgung der Berliner städtischen Werke verschlimmern würde, haben sich glücklicherweise nicht erfüllt. Zwar sind eine ganze Reihe von Schiffstransporten mit überschüssiger Kohle, die für die Berliner Werke bestimmt waren, auf den märkischen Gewässern eingestoren. Auf der anderen Seite aber haben sich die aus dem Ruhrrevier auf dem Bahnwege kommenden Kohlenzufuhren in der letzten Zeit so erfreulich gebessert, daß die städtischen Werke augenblicklich über einen Durchschnittsvorrat für zehn Tage verfügen.

**Unhaltbare Zustände.** Unter dieser Spitzmarke bemängelten wir jüngst, daß in dem Schulhaus Remeler Straße 24/25 seit November 1918 die Bureaus für die Erwerbslosenfürsorge untergebracht seien, und aus diesem Grunde die Gemeindeschulen 256 und 257 nach einem anderen Schulhause verlegt werden mußten, so daß sich nun vier Schulen in einem nur für zwei

Schulen eingerichteten Hause befinden. Die Folge davon ist, daß die Kinder der vier Schulen nur an je drei Tagen in der Woche Unterricht erhalten. — Nach einer Mitteilung des Magistrats liegt, wie der amtliche Pressedienst erfährt, dem zuständigen Bezirksamt (Friedrichshain) bereits ein von der Deputation für Bau- und Wohnungswesen aufgestellter Entwurf (Kostenanschlag 900 000 M.) vor, wonach die Bureaus der Erwerbslosenfürsorge in zwei für diesen Zweck umzubauende Stallgebäude des städtischen Schlachthofes verlegt werden sollen. Eine andere Unterbringung dieser großen, 2000 Quadratmeter beanspruchenden Verwaltung ist zur Zeit nicht möglich. Der Magistrat ist ersucht worden, die Angelegenheit ihrer hohen Bedeutung wegen auf das Euftigste zu beschleunigen.

## Was Brot ich esse...

Als erste Folge des Hinauswurfs der Koseviten aus der Kommunistischen Partei dürfte demnächst ein interessanter Prozeß die bürgerlichen Gerichte beschäftigen, falls nicht vorher ein Vergleich zustande kommen sollte. Die K. P. D. hat eine Internationale Verlagsgesellschaft „Biva“ gegründet, die aus dem Verlag Soehof und Grandes Verlag gebildet wurde und gleichzeitig die Auslieferungsstelle für Deutschland des Verlages Hoym in Hamburg ist. Einer der Gesellschafter des Biva-Verlages wurde nach dem kommunistischen Rezept „Was Brot ich esse, des Lied ich sing“, seines Postens enthoben, weil er unter dem Aufruf der 28 seinen Namen geleistete. Dieser hat nun von der Buchhandlung Soehof u. Co. in der Neuen Schönhauser Str. 8 Besitz genommen, und die K. P. D. will nun versuchen, mit Hilfe des bürgerlichen Gerichts ihn daraus zu vertreiben. Wie wir hören, will sie die Kosten nicht scheuen, sich einen der geringsten und teuersten bürgerlichen Rechtsanwältinnen nehmen, um den Prozeß zu gewinnen.

## Aus Koseks großer Zeit

Was damals alltäglich war

Der Tod des Arbeiters Johann Piontel, der im März 1919 von Reichswehrsoldaten verschleppt und gefoltert wurde, wird am nächsten Dienstag das Schwurgericht des Landgerichts III beschäftigen. Unter der Anklage des Mordes und des rechtswidrigen Waffengebrauchs haben hier der ehemalige Getreide, Dreher Walter Ritter und der Bergmann Hugo Wendler zu erscheinen. Der angeklagte Ritter gehörte keinerzeit zum Reichswehr-Inf. Regt. 50, das damals in Lichtenberg-Friedrichshagen „eingekerkert“ wurde. Auf einem Patrouillengange bei nun Ritter den Arbeiter Piontel in der Stielstraße, wo er mit mehreren Kameraden stand um Feuer was ihm zunächst abgeschlagen wurde. Unter welchen Worten dies geschah, ist strittig, jedenfalls jedoch lauteten sie nicht so, wie Ritter dem Patrouillenführer fälschlich meldete: „Kostehunden gebe ich kein Feuer“. Auf Grund dieser Meldung wurde die Festnahme des Piontel angeordnet, und auf dem Transport will nun, was auch nicht wahr sein soll, Ritter bei Piontel ein Messer bemerkt haben und damit bedroht worden sein. Als dann in der Kommandotröße der Angeklagte Wendler, der zu einer Artillerie-Abteilung gehörte, zu ihnen stieß, und den Vorfall hörte, wurde beide kurzerhand den Piontel an die Wand gestellt und erschossen haben, trotzdem ein Unteroffizier hat, ihn laufen zu lassen, und Piontel selbst nach dem ersten Fehlschuß des Ritter um sein Leben kampfte, weil er verheiratet und Vater sei. Als auch die dritte Kugel nur eine Verwundung erzielte, entriß Wendler dem Ritter den Karabiner und schoß den Piontel in den Hinterkopf, so daß die Kugel zur Stirn wieder herausfiel. Angeblich will er dies getan haben um die Leiden des Piontel „abzukürzen“ und weil er glaubte, Piontel sei „vom Stabgericht zum Tode verurteilt worden“. Piontel wurde dann als Leiche von seiner Frau in der Kormannenstraße aufgefunden — Die Verteidigung der beiden liegt in den Händen der Rechtsanwältin Such und Dr. Frey.

## Fabrikfeuerwehren und Löschübungen

Jetzt alle Fabrikbetriebe haben eine eigene, aus Angestellten und Arbeitern gebildete Fabrikfeuerwehr, die für die ersten Löschverrichtungen bei Ausbruch eines Fabrikbrandes ganz bestimmte Instruktionen besitzt. Früher wurden in kürzeren Zwischenräumen mehrstündige Löschübungen abgehalten. So blieb die behelfsmäßige Ausbildung des Feuerwehrpersonals, das häufiger wechselt, auf dem Laufenden. In den letzten Jahren haben diese Löschübungen, denen meist ein blinder Alarm vorausging, fast ganz aufgehört. Aus Anlaß der Lehren des Brandes der

## Im Wasser

Von Stijn Streuvels

Aus dem Holländischen überfetzt von Friedrich Marcus Huebner

Allenthalben in der weiten Nacht war Stille, Nebel und schlafendes Gewässer. Der Mond sah verumt in seinem dunklen Hofe und hellte mit grauem, glimmerndem Lichte über die fahle Wasserwüste. Schon ewig mochte diese Nacht hängen über dieser Welt ohne Leben noch Lärmen.

Nach einer ungemessen langen Zeit aber kam aus der Ferne ein Wind geweht; der wuselte, drehte und kämpfte sich durch den dicken Nebel. Er bohrte breite Höhlungen, schlug Pfade hinein, stieß an die Nebelbänke, daß sie wie einandergedrängte, große Schiffe zwischen berghohen Felsenwänden fortglitten; dann drehten sie bei, kehrten um, wurden in Felsen auseinandergerissen.

Bisweilen entstand dann ein Lärmen: ein Klatschen von schweren Regen auf der Wasserstut; ein aufschlurfendes Emporziehen und später das Rinnen und Abrieseln von Tropfen, die niederrieselten; und danach wieder das ewige Wellengegluck und ein Klatschern großer Gewässer.

Eine mächtige Segelwolke kam und deckte oben den Mond zu, und gleichzeitig klappte im Osten die weiße Wolfe auf, und eine rote Lohse schlug heraus. Stohweise nahm die zarte Helle den schwarzen Himmel in Besitz und dehnte ihre Klarheit über die dämmerige Urwildnis. Das zähe Wolkengewölbe fiel Stück um Stück auseinander, und neue Kraft erhob sich auf erleuchtetem Felde von geschmolzenem Golde, das von Weiß durchspränkt und mit blaßblauen, stülhängenden Wolkenbänken durchzuckt war. Die Fernsicht war so tief, und das neue Leben der durchscheinenden Lichts war so friedvoll mit seinen prächtigen, ineinander übergehenden Farben, die fast aberirdisch erschienen.

Sieh, nun bietet sich allerorten das Klare; die schweren Nebelschwaden sind ausgefogen und fallen in seinem Tau nieder auf die junge Welt — die Ferne ist herangerückt; die tote Wasserfläche ist zusammengeschrumpft zu einem Streifen ruhigen Gesträms, das sich durch tapetengrünes Weideland hinschlängelt.

Im Wasser stehen die Fischer. Sie arbeiten schweigend. Zwei zu zwei bis zum Bauche eingetaucht in die purpurdunkle Flut, schreiten sie tastend vorwärts durch den Sumpf-

boden, ihre festen nackten Arme halten das Riesennetz und stemmen es gemeinsam gegen das Ufer ins Schiff. Der Körper jedes einzelnen, eingehüllt in einen nahblauen Mantel, beugt sich vorüber, die Muskeln spannen sich, und die schwere Frucht hebt sich über den Wasserspiegel empor. Neugierige Hände tasten und grapschen durch den aufgeschichteten Pflanzenschlamm, und die blinkenden Scheldeckste fliegen im hohen Bogen zappelnd auf das Grasufer.

So schaffen sie unentwegt fort, ohne aufzublicken: eintauchend und emporwuchend und die Ufer des langen, klaren Wasserlaufs abschreitend. Ueber ihren Köpfen wird es neuer Tag, und die liebe Sonne steigt hoch.

Aus der Ferne, wo noch leichter Nebel schwebte, Klang eine singende Stimme über die weiße Trift. Träge, im Gleichtritte mit dem Wassergestap der Fischer, erscholl das getragene Lied mit ab und an neu einfallenden Stimmen, bis es in einem klaren Rundgefange längs des ganzen Wasserlaufes laut zusammenlachte. Die Netze hoben sich schwarz ab gegen die blaue Luft, und die Fischer wuchsen höher im kringelnden Spiegelwasser.

Sie sangen ihr Lied, reckten den Nacken, schnoben die frische Luft und riefen den Gefährten fern und nah einen Morgengruß zu.

Mit dem vollen Tageslichte kam in ihr Werk mehr Leben und Bewegung; der Wassergefang verwandelte sich in ein frohes Schwägen untereinander, sie riefen sich einander von Ufer zu Ufer Redereien zu, erzählten sich Neues vom gestrigen Tage, dem lustiglauten Sonntagabend, und ihr herzliches Gelächter schallte lärmend rundum.

Einer war dabei, der schwieg und lachte nicht mit.

„Jan Boele ist schlechter Laune“, warnten seine Gefährten. Die Züge seines Gesichts blieben ernsthaft angespannt, und seine nervigen Arme hoben kräftig das Netz und tauchten es eifrig wieder unter Wasser; er schufete sieberhaft, wie ein ruhloses Werkzeug.

Sein Mitgefelle winkerte insgeheim hinüber zu den Fischern auf dem anderen Ufer, und sie munkelten untereinander. Sener hatte schon mehrmals versucht ihn zum Reden zu bringen, aber vergebens. Jedesmal, wenn er anhub zu einem:

„Hast dich gestern gut vergnügt, Jan? Etwas zuviel getrunken? Kopfschmerzen? Noch müde vom Tanzen?“ — jedesmal bekam er als ausweichende Antwort von Jan nur

ein kurzes Gemurr und eine abwehrende Bewegung seiner runden Schultern.

„Schau her, Sei! Was für ein großer Hecht! Dieser niederrücken! Hochheben! Da ist er drin! Hopp!“

Wenn aber Krotse, der unerträgliche Quälgeist, mit seiner groben Stimme von der anderen Seite her rief:

„Jan, träumst du immer noch von Boezjeke?“ Boezjeke? dann spannten sich auf Jans Stirne plötzlich zwei dicke, dunkelrote Adern, er erhob seinen großen Kopf, drehte den Nacken und schien etwas erwidern zu wollen ... doch knurrte er nur verdrießlich und schufete weiter.

Ja, die Gefährten wußten es genau genug und riefen es sich laut zu, wie es mit Jan stand; nämlich, daß er während war, weil Tale? Siepers unlängst was Kleines gekriegt hatte und die Leute behaupteten, er trüge Schuld daran; und weil sie heimlich lachten, wenn er vorüberging, und ihn verspotteten, da er nun das häßliche Frauenzimmer mit ihrem Frostgefächte und ihren Triefaugen heiraten mußte. Dabei erzählten einige, die es wissen wollten, in aller Heimlichkeit — bis auf den teuflischen Krotse, der es laut herumsagte —, daß Jan eine andere Liebchaft hatte, die ihn anzog, und daß er alle Abende, ohne daß es jemand sehen noch wissen durfte, zu Boezjeke Soebrie ins Dorf lief. Sie wußten alle, daß Tale ganze Tage lang heulte, weil Jan sie so schnell vernachlässigte, daß er einen Umweg machte, um ihr nicht zu begegnen, und wann er an ihr vorüberkam, nicht aufblicken noch sie ansprechen wollte.

„Na, nächste Woche ist nun die Hochzeit!“ frozete Krotse. Es war Sener, der mit „Ja“ antwortete, zusammen mit anderen Gefährten, die wußten, daß Jan gestern beim Hoym am aufgegeben worden war.

Von allen Seiten fing man laut an, über die Vorbereitungen zum Feste zu schwätzen.

„Ist schon Schiefpulver gekauft?“

„Und Fichtenholz für die Ehrenporfte? — Und das Trinkgeld und der Spielmann und das Malienlaub?“

In Jans Kopfe ging e unaufhörlich: Ich heirate nicht, verdamm! ... Das Weib heirate ich nicht! ... Tale Siepers! und er dachte an ihr verbranntes Gesicht, ihren Frostmund und ihre garstigen Triefaugen.

1) Koseform von Boes, Lockruf für die Kasse, deutsch Kiez.  
2) Katalie.

(Fortsetzung folgt.)

